

 **Bundesministerium  
Inneres**

**Mag. Gerhard Karner**  
Bundesminister

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.136.453

Wien, am 25. März 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Hannes Amesbauer und weitere Abgeordnete haben am 27. Jänner 2022 unter der Nr. 9579/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Schüsse auf Bundesheersoldaten – Schlepperkriminalität“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 bis 9:**

- *Konnte der flüchtige 26-jährige Tatverdächtige, nach dem gefahndet wurde, bereits gefasst werden?*
- *Wenn ja, wann?*
- *Wenn ja, wo?*
- *Sind die beiden Tatverdächtigen - der festgenommene 22-jährige und der 26-jährige, nach dem gefahndet wurde - in Österreich bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten?*
- *Wenn ja, wann?*
- *Wenn ja, aufgrund welcher Straftatbestände?*
- *Haben die beiden Tatverdächtigen - der festgenommene 22-jährige und der 26-jährige, nach dem gefahndet wurde - einen gültigen Aufenthaltsstatus in Österreich?*
- *Wenn ja, welchen?*

- *Mit welcher Schusswaffe wurde auf die österreichischen Soldaten, nach derzeitigem Ermittlungsstand, geschossen?*

Ich ersuche um Verständnis, dass ich insbesondere auf Fragen, ob gegen namentlich genannte bzw. identifizierbare Personen Anzeigen erstattet oder Ermittlungsverfahren geführt wurden, mit Blick auf die Nichtöffentlichkeit des Ermittlungsverfahrens (§ 12 StPO) und die auch bei der Beantwortung von Anfragen im Rahmen der parlamentarischen Interpellation zu beachtende Verpflichtung zur Wahrung der Amtsverschwiegenheit bzw. des Datenschutzes nicht weiter eingehen kann, zumal hierdurch Rechte von Verfahrensbeteiligten beeinträchtigt werden könnten. Dasselbe gilt für Fragen nach konkreten Ermittlungsmaßnahmen und deren Ergebnissen.

Wie aber schon der medialen Berichterstattung zu entnehmen war, wurde einer der beiden Tatverdächtigen, ein 22-jähriger moldawischer Staatsangehöriger, im Rahmen der Amtshandlung festgenommen. Der zweite – flüchtige – Tatverdächtige, ein 26-jähriger moldawischer Staatsangehöriger, konnte zwei Tage später in Ungarn festgenommen werden und befindet sich in Auslieferungshaft.

**Zu den Fragen 10 bis 17:**

- *Wie viele geschleppte Personen wurden insgesamt und gegliedert nach Monaten im Jahr 2021 in Österreich aufgegriffen?*
- *Wie stellt sich diese Liste in absoluten Zahlen und in Prozent im Vergleich mit den Zahlen aus dem Jahr 2020 dar?*
- *Wie gliedern sich die insgesamt verzeichneten Aufgriffe auf die Bundesländer auf?*
- *Wie gliedern sich die insgesamt aufgegriffenen Personen auf Ihre Nationalitäten auf?*
- *Wie viele Fremde wurden insgesamt und gegliedert nach Monaten im Jahr 2021 in Österreich registriert, die illegal eingereist sind?*
- *Wie stellt sich diese Liste in absoluten Zahlen und in Prozent im Vergleich mit den Zahlen aus dem Jahr 2020 dar?*
- *Wie stellt sich die Auswertung aus der operativen Datenbank „illegal Migration“ hinsichtlich aufgegriffener Personen, die unter dem Verdacht stehen, als Schlepper tätig gewesen zu sein, für den Zeitraum Jänner bis Dezember 2021 insgesamt sowie gegliedert nach Monaten, Bundesländer und Nationalität - dar?*
- *Wie stellen sich diese Auswertungen in absoluten Zahlen und in Prozent im Vergleich zu den Zahlen aus dem Jahr 2020 dar?*

Bei den Antworten zu den gestellten Fragen handelt es sich um Daten aus der Arbeitsanalysedatenbank „Lagebild Schlepperdatenbank“ gem. § 53a Abs. 2 SPG welche

für die Öffentlichkeit nicht bestimmt sind. Teilweise werden jedoch Daten in anonymisierter Form nach einem entsprechenden Datenclearing und einer Qualitätskontrolle im Rahmen des Schlepperberichts veröffentlicht. Da dieser Prozess noch nicht durchgeführt worden ist, sind die angefragten Daten derzeit aus rein faktischen und technischen Gründen noch nicht verfügbar.

Sobald das Datenclearing und die Qualitätskontrolle abgeschlossen sind, werden die Daten jedoch im Rahmen der Präsentation des „Schlepperberichtes“ veröffentlicht.

Ich darf daher auf die entsprechenden Ausführungen in den Beantwortungen der Voranfragen 8254/J XXVII. GP des Abgeordneten Amesbauer vom 14. Oktober 2021 (8105/AB XXVII. GP), 8699/J XXVII. GP des Abgeordneten Amesbauer vom 19. November 2021 (8568/AB XXVII. GP) und 8819/J XXVII. GP des Abgeordneten Reifenberger vom 1. Dezember 2021 (8672/AB XXVII. GP) verweisen, in denen zu einigen dieser Fragen bereits entsprechende Informationen ergangen sind.

**Zu den Fragen 18 und 21:**

- *Wie oft wurden bei diesen Personen Waffen sichergestellt und um welche Waffen handelte es sich dabei konkret?*
- *Wie oft wurden bei diesen Tatverdächtigen Waffen sichergestellt und um welche Waffen handelte es sich dabei konkret?*

Entsprechende Statistiken werden nicht geführt.

**Zu den Fragen 19 und 20:**

- *Wie viele Tatverdächtige gab es laut polizeilicher Kriminalstatistik zum Delikt nach § 114 Fremdenpolizeigesetz - Schlepperei im Zeitraum Jänner bis Dezember 2021 insgesamt sowie aufgegliedert nach Monaten, Bundesländer und Nationalität?*
- *Wie stellen sich diese Auswertungen in absoluten Zahlen und in Prozent im Vergleich zu den Zahlen aus dem Jahr 2020 dar?*

Bei der Polizeilichen Kriminalstatistik handelt es sich um eine Jahresstatistik.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Experten aus der Wissenschaft im Rahmen des Projektes „Kriminalstatistikneu“ festgestellt haben, dass Aussagen über die Sicherheitslage und die Kriminalitätsbelastung aus quartalsmäßigen, halbjährlichen und monatlichen Zahlenwerten nicht möglich sind, weil daraus gezogene Schlüsse einer wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhalten.

§ 114 FPG				
Anzahl Tatverdächtige	Jahr 2020	Jahr 2021	Veränderung absolut	Veränderung Prozent
Burgenland	145	201	56	+ 38,6%
Kärnten	10	14	4	+ 40,0%
Niederösterreich	74	97	23	+ 31,1%
Oberösterreich	50	98	48	+ 96,0%
Salzburg	7	18	11	+ 157,1%
Steiermark	56	42	-14	- 25,0%
Tirol	16	23	7	+ 43,8%
Vorarlberg	3	7	4	+ 133,3%
Wien	69	71	2	+ 2,9%
<b>Österreich</b>	<b>430</b>	<b>571</b>	<b>141</b>	<b>+ 32,8%</b>

§ 114 FPG				
Anzahl Tatverdächtige	Jahr 2020	Jahr 2021	Veränderung absolut	Veränderung Prozent
Afghanistan	38	44	6	+ 15,8%
Ägypten	11	7	-4	- 36,4%
Albanien	1	2	1	+ 100,0%
Algerien	5	2	-3	- 60,0%
Bangladesch	2		-2	- 100,0%
Belgien		4	4	
Bosnien-Herzegowina	6	11	5	+ 83,3%
Bulgarien	8	24	16	+ 200,0%
China		2	2	
Deutschland	5	7	2	+ 40,0%
Frankreich		1	1	
Georgien	1	4	3	+ 300,0%
Indien	7	7	0	+ 0,0%
Irak	50	11	-39	- 78,0%
Iran	6	6	0	+ 0,0%
Italien	5	2	-3	- 60,0%
Jemen		2	2	
Kamerun	1		-1	- 100,0%
Kosovo	1	1	0	+ 0,0%
Kroatien	1	5	4	+ 400,0%
Lettland	4	1	-3	- 75,0%
Libanon		1	1	
Litauen		4	4	
Luxemburg		1	1	
Madagaskar		1	1	
Marokko	4		-4	- 100,0%

Moldau	3	7	4	+ 133,3%
Montenegro	1		-1	- 100,0%
Niederlande		7	7	
Nigeria		4	4	
Nordmazedonien	7	3	-4	- 57,1%
Österreich	30	31	1	+ 3,3%
Pakistan	10	6	-4	- 40,0%
Palästina		2	2	
Portugal	1		-1	- 100,0%
Rumänien	17	60	43	+ 252,9%
Russische Föderation	2	9	7	+ 350,0%
Schweden	1	5	4	+ 400,0%
Serbien	31	24	-7	- 22,6%
Slowakei	5	7	2	+ 40,0%
Slowenien	1		-1	- 100,0%
Somalia		10	10	
Sri Lanka	1		-1	- 100,0%
Staatenlos	3	4	1	+ 33,3%
Sudan		1	1	
Syrien	68	133	65	+ 95,6%
Tadschikistan		1	1	
Tschechien	7	3	-4	- 57,1%
Tunesien	3	5	2	+ 66,7%
Türkei	27	45	18	+ 66,7%
Ukraine	13	14	1	+ 7,7%
Ungarn	28	10	-18	- 64,3%
Ungeklärte Staatsangehörigkeit	13	30	17	+ 130,8%
Vereinigtes Königreich			-1	- 100,0%
Großbritannien und Nordirland	1			
Vietnam	1		-1	- 100,0%
<b>Gesamt</b>	<b>430</b>	<b>571</b>	<b>141</b>	<b>+ 32,8%</b>

### Zur Frage 22:

- Welche Maßnahmen wurden nach dem Vorfall im Bezirk Güssing am 17.1.2022 getroffen, um die eingesetzten Polizisten sowie die im Assistenzeinsatz eingesetzten Bundesheersoldaten besser zu schützen?

Von der detaillierten Auflistung der Maßnahmen zur Erhöhung bzw. dem Erhalt eines hohen Schutzes der eingesetzten Polizistinnen und Polizisten muss ich in Hinblick auf die Sicherung der Effektivität dieser Maßnahmen Abstand nehmen.

Wie ich anlässlich dieses dramatischen Vorfalles in entsprechenden Stellungnahmen ausgeführt habe, zeigt dieser einmal mehr die Notwendigkeit des Außengrenzschutzes, weshalb ich dieses Thema auch mit meinem ungarischen Amtskollegen in Budapest forciert habe. Ein funktionierender Außengrenzschutz mit robusten Außengrenzen ist eine der wirksamsten Maßnahmen im Kampf gegen die international agierende Schlepperkriminalität. Die Europäische Kommission ist hier gefordert, auch den Bau von Grenzanlagen zu unterstützen. Diese Forderungen werde ich in den entsprechenden Gremien mit Nachdruck vorbringen und unterstützen.

Hinsichtlich allfälliger Schutzmaßnahme für Soldatinnen und Soldaten des Österreichischen Bundesheers ersuche ich um Verständnis, dass die Beantwortung dieser Fragen nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Inneres fällt.

Gerhard Karner



